Österreich-Konvent, Hearing am 26. Jänner 2004 Beitrag Katholischer Familienverband Österreich – Präsident Johannes Fenz

Grüß Gott, sehr geehrter Herr Vorsitzender! Grüß Gott, sehr geehrte Mitglieder des Konvents, sehr geehrte Damen und Herren!

Familienarbeit anerkennen

Familien bilden das Human- und Sozialkapital des Staates, Kinder sichern den Generationenvertrag. Und trotzdem sind wir von dem erklärten politischen Ziel, Österreich zum familienfreundlichsten Land der Welt zu machen, noch weit entfernt.

Denn: Kinder haben wird oft als reine Privatangelegenheit betrachtet. Das ist ein gesellschaftstheoretischer Fundamentalirrtum, den es zu beseitigen gilt. Kinder haben ist nicht nur Privatsache; es besteht auch ein zentrales öffentliches Interesse daran.

Das Auf- und Erziehen der nachwachsenden Generation ist eine elementare Zukunftsinvestition, die als solche im öffentlichen und politischen Bewusstsein verankert werden muss. Familien dürfen sich nicht länger in der Rolle des "selbstverständlichen" Leistungsträgers wiederfinden. Ihre Arbeit muss daher durch sozial- und pensionsrechtliche Maßnahmen abgesichert werden.

Steuergerechtigkeit herstellen

Familien werden in der Öffentlichkeit hauptsächlich als Bitt- und Anspruchsteller wahrgenommen. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die Grenzen zwischen Familienleistungen und Sozialleistungen verschwimmen. Familienleistungen müssen kraft ihrer Definition ohne jede Einkommensgrenze gewährt und jährlich valorisiert werden.

Trotz Steuerreform nimmt das gegenwärtige Steuersystem keine Rücksicht darauf, wieviel Personen von einem Einkommen leben müssen. Familieneinkommen unter dem Existenzminimum pro Familienmitglied werden besteuert. Alleinverdiener mit Kindern sind steuermäßig benachteiligt gegenüber Haushalten mit zwei Verdienern mit gleich hohem Einkommen.

Wahlfreiheit garantieren

Familienpolitik darf nicht einzelne Formen familialen Zusammenlebens ausgrenzen. Das darf sie aber nicht daran hindern, deutlich zu machen, dass bestimmte Familienstrukturen, nämlich die Eltern-Kinder-Gemeinschaften auf der Grundlage der Ehe, anzustreben sind.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf, unter dem Aspekt des Kindeswohls, wird das familienpolitische Thema der Zukunft sein. Weder das frühere Familienmodell der strikten geschlechterspezifischen Arbeitsteilung noch das Familienmodell der funktionalen Gleichheit
von Mann und Frau können das Leitbild einer zukunftsorientierten Familienpolitik sein. Notwendig ist Wahlfreiheit für unterschiedliche Handlungsoptionen in der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau in Familie und Beruf.

Stellvertreterwahlrecht für Eltern

Politik wird für jene gemacht, die wählen dürfen. Die Interessen der Kinder und Jugendlichen bleiben daher oft unberücksichtigt. Dabei sind Kinder und Jugendliche diejenigen, die von den politischen Fehlentscheidungen von heute am stärksten betroffen sind. Aus diesem Grund wäre die Umsetzung eines Stellvertreterwahlrechtes der Eltern für ihre noch nicht wahlberechtigten Kinder zu schaffen.

Leben schützen

Die Grundfrage, ab wann ein Mensch ein Mensch ist und Personenstatus hat, darf nicht nach wirtschaftlichen Kriterien entschieden werden. Der umfassende Lebensschutz, das uneingeschränkte JA zum Kind und das uneingeschränkte JA zum Menschen, bis zum natürlichen Tod, dürfen auch unter dem Deckmantel der Wissenschaft und Forschung nicht zur Diskussion stehen.

Bildung und Ausbildung garantieren

Eine moderne demokratische Gesellschaft braucht selbstbewusste, kritische und mündige Bürger. Sie müssen fähig sein, eigene Standpunkte einzunehmen und Verantwortung füreinander sowie in der Gesellschaft einzunehmen. Bildung und Ausbildung haben wesentlich mit Menschenwürde, Gerechtigkeit und Freiheit zu tun, sind die Grundlage für bessere Lebenschancen und müssen darum Allgemeingut bleiben.

Zum christlichen Wertebild bekennen

Der Österreich-Konvent hat sich die Aufgabe gestellt eine Verfassung für das 21. Jahrhundert zu entwerfen. Die dafür notwendige Revision der zentralen Staatsaufgaben braucht Zukunftsvisionen, die realitätsnahe sind und sich damit befassen, wie wir in diesem Land miteinander leben wollen und sollen und welcher festgeschriebener Ziele und Werte es dafür bedarf.

Der Katholische Familienverband, als größte Familienorganisation Österreichs, vertritt die Auffassung, dass sich Österreich in seiner Verfassung zu einem christlichem Wertebild, zu einem Leistungsausgleich zwischen kinderhabenden und kinderlosen Menschen, zu einem Recht auf Bildung und Ausbildung, zu Ehe und Familie als eine zu fördernde Familienform bekennt und verhindert, dass Kinder zur Armutsfalle werden. Zielführend erscheint uns dabei die Überprüfung sämtlicher Maßnahmen und Gesetze auf Familienverträglichkeit.

Unabdingbare Aufgabe des Staates ist es auch für die notwendigen Rahmenbedingungen zu sorgen, damit jeder Mensch seine Lebensplanung und sein persönliches Familien- und Vereinbarkeitsmodell auch verwirklichen kann.